

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 56 (1962)
Heft: 3

Artikel: Weltrundschau : ist es Ihnen Ernst? ; "Freie Welt" in Waffen... ; Was soll die Konferenz? ; Waffenruhe in Algerien ; Bericht über Spanien
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140665>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wie steht es nun mit der Religion? Von der Ethik unterscheidet die Religion sich dadurch, daß sie — ebenso wie die Politik — ihre Ziele mit Machtmitteln verwirklichen will. Gewiß! Jesus wollte eine *passive* Gewalt ausüben, wie später Gandhi und Bertrand Russell. Aber auch eine passive Gewalt kann ein mächtiges Eingreifen in den Lauf der Geschichte sein.

Von der bloßen Politik unterscheidet sich die Religion dadurch, daß sie mit Leidenschaft und Begeisterung verbunden ist, daß sie nötigenfalls bereit ist, das Leben für ihre hohen Ziele einzusetzen. Das ist auch bei einer ethischen Politik nicht immer der Fall. Es ist die Leidenschaft, welche eine ethische Politik zu einem religiösen Glauben macht. Ein solcher Glaube ist nicht bloß subjektiv, er ist nicht nur psychologisch interessant. Sein ideelles Objekt ist das *regnum hominis*, und dieses Objekt hat er mit der Politik gemein. Ich stimme also dem von der Redaktion der «Neuen Wege» gegebenen schönen Zitat von L. Ragaz herzlich zu: «Das Reich Gottes besteht . . . in Ordnungen der Gerechtigkeit, Reinheit und Güte, in einem vollkommenen menschlichen Wesen.»

Bevor jedoch diese Aussage in ihrer vollen Tragweite verstanden wird, soll vielleicht beinahe alles, was sich jetzt Glaube nennt, sich ebenso sehr umändern müssen wie das, was sich heute Politik nennt. Der amerikanische Prediger und Schriftsteller Ralph Waldo Emerson hat einmal gesagt, daß der heutige Glaube an das modernisierte Christentum der sicherste Beweis des wesentlichen Unglaubens unserer Zeit ist. In diesem Sinne sollen wir nach meiner Überzeugung auch das bekannte Wort Goethes interpretieren, daß das eigentliche, einzige und tiefste Thema der Welt- und Menschengeschichte, dem alle übrigen untergeordnet sind, der Konflikt des Unglaubens und des Glaubens bleibt.

J. L. Sneathlage

WELTRUNDSCHAU

Ist es ihnen Ernst! Die letzte Weltrundschau mußte ich mit der Feststellung beginnen, daß das Wettrüsten aufs neue unheimliche Maße angenommen hat. Diesmal steht natürlich an der Spitze meines Monatsberichts der Hinweis auf die (wievielte?) *Abrüstungskonferenz*, die in Genf schon eröffnet sein wird, wenn das vorliegende Heft der «Neuen Wege» in die Hand der Leser kommt. Wie soll man das zusammenreimen? Ist es den Großen der Erde bei ihrem fieberhaften Wettrüsten doch schwül um die Brust? Wollen sie wirklich im Ernst auf dem Marsch in die Katastrophe Halt machen und gar umkehren? Wenn man ihren Reden trauen dürfte, müßte man

tatsächlich in der Genfer Konferenz einen der berühmten «Wendepunkte der Geschichte» sehen. An der verstandesmäßigen Einsicht in den Irrsinn des Wettrüstens fehlt es gewiß auf keiner Seite. «Jeder Bewohner unseres Planeten», so sagte Präsident Kennedy im Herbst letzten Jahres, «muß den Tag ins Auge fassen, da dieser nicht mehr bewohnbar sein mag. Jeder Mann, jede Frau und jedes Kind lebt unter einem atomaren Damoklesschwert, das an einem ganz dünnen Faden aufgehängt ist und durch einen unglücklichen Zufall, durch Fehlleistung oder Verrücktheit zerschnitten werden kann. Die Kriegswaffen müssen abgeschafft werden, bevor sie *uns* abschaffen.» Und die Sowjetregierung fragte in ihrer Denkschrift an die westdeutsche Regierung vom 27. Dezember fast mit den gleichen Worten: «Ist es nicht an der Zeit, die Mittel des Krieges zu vernichten, bevor sie die Menschen vernichten? Zwei Wege gibt es also: den Weg, der zum Krieg führen kann, oder eine Entwicklung, die die Staaten zwingt, auf das Wettrüsten zu verzichten, und das Ende der Militärblöcke herbeiführt, die das Leben auf unserem Planeten zu einem Leben der Ängste und Gefahren gemacht haben . . . Die Staaten müssen den Weg der friedlichen Koexistenz beschreiten, und jedes System möge dann zeigen, was es vermag, um das Leben der Menschen zu verbessern, statt es zu vernichten.»

Wunderbare Übereinstimmung der Reden in Ost und West, nicht wahr? Wie steht es aber mit den *tatsächlichen* Folgerungen, die hüber und drüber aus den gewonnenen Erkenntnissen gezogen werden? Von der Sowjetunion weiß man, daß sie mit einer Hartnäckigkeit, die sich durch keine Enttäuschung beirren läßt, die schnelle und vollkommene Abschaffung aller Kriegsmittel verlangt. Sie wollte darum auch der Eröffnung der Genfer Konferenz durch die Beteiligung der Regierungshäupter aller vertretenen 18 Staaten einen besonders feierlichen, ja verpflichtenden Charakter gegeben wissen, während sich die Westmächte nur zu einer Anwesenheit der Außenminister verstehen konnten und eine Gipfelkonferenz erst für später in Betracht ziehen wollen. In der «freien Welt» erklärte man selbstverständlich die sowjetische Anregung einfach als Propagandatrick, wie die ganze Abrüstungspolitik Moskaus überhaupt nur Mache und lediglich auf die Zersetzung des westlichen Abwehrwillens gerichtet sei. Aber es muß gerade jetzt wieder ausgesprochen werden, daß darin eine gänzliche Verkennung (um nicht mehr zu sagen) der Lage und der Bedürfnisse der Sowjetunion liegt. Die Sowjetunion hat wirklich allen Grund, ehrlich das Ende des Wettrüstens zu wollen. Die Erschließung, Industrialisierung und Sozialisierung des ungeheuren, weithin noch unterentwickelten Raumes zwischen Königsberg und Wladiwostok und die Erfüllung des ehrgeizigen neuen Programms der Kommunistischen Partei der Sowjetunion erfordert auf Jahrzehnte hinaus alle überhaupt verfügbaren Kräfte des Riesenreiches; militärische Rüstungen und sonstige Kriegsvorbereitungen sind für die sowjetische Wirtschaft (anders als

für diejenige der kapitalistischen Länder!) nur eine schwere, fast unerträgliche Belastung. Auch innerpolitisch hat die Sowjetunion nur Nachteile von der ständigen Kriegsbereitschaft; die Liberalisierung und «Entstalinisierung» wird nie durchgreifend möglich sein, solange die Diktatur als innere Panzerung gegen äußere Bedrohung für notwendig erachtet wird. Größere staatsbürgerliche Freiheit ohne Furcht vor einem neuen westlichen Angriff könnte sowohl das Verhältnis von Volk und Regierung wie die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und ihren Gefolgsstaaten nur verbessern, denn nichts bindet auch hier (nach dem bekannten Wort) so sehr wie Freiheit. Weltpolitisch aber verspricht sich die Sowjetunion von einer rüstungsfreien Entfaltung ihres Sozialismus eine derartige Werbekraft gegenüber den unterentwickelten Völkern und Klassen, daß ihre Führer überzeugt sind, der Kapitalismus werde auf diesem Weg einfach nicht mehr mitkommen und ruhmlos, hilflos erliegen. Im friedlichen Wettbewerb zwischen Kapitalismus und Sozialismus, so glaubt man ganz allgemein in der Sowjetunion wie in den Voksrepubliken Mittel- und Osteuropas, sei der Sieg dem Sozialismus von vornherein so gut wie sicher.

„Freie Welt“ in Waffen . . . Es ist nur zu begreiflich, daß die Westmächte gerade diese Hoffnung der Sowjetunion zuschanden zu machen trachten. «Die Kommunisten», so sagen sie sich, «sollen nur ihre Rüstungslasten weiter tragen und in der Entwicklung des Sozialismus zuhause wie in der Welt draußen recht wirksam gehindert werden. *Unserer* Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung schadet das ja gar nicht; im Gegenteil: ohne Kriegsrüstungen steckten wir schon längst in der schwersten, vielleicht endgültig ausweglosen Wirtschafts- und Staatskrise*. Auf einen friedlichen Wettbewerb zwischen freiem Unternehmertum und Kommunismus lassen wir uns auf keinen Fall ein; dabei zögen wir höchst wahrscheinlich doch den kürzeren. Hingegen kann uns die militärische Überlegenheit über den Ostblock, deren wir sicher sind, vermutlich doch sehr helfen, die gefährliche wirtschaftliche und soziale Konkurrenz der sozialistischen Länder niederzuhalten, ja vielleicht den Weltkommunismus überhaupt zu zerschlagen.»

Denn *daß* die Westmächte dem sowjetischen Lager militärisch klar überlegen sind und von ihm keinen militärischen Angriff zu befürchten haben, das ist die gemeinsame Überzeugung der Führer des «christlichen Abendlandes». Auch ihrer Stützen bei den (angeblich) Neutrals! So setzt beispielsweise alt Oberstkorpskommandant Hans Frick in den «Schweizer Monatsheften» (Februar 1962) auseinander, daß

* Durch wirtschaftliche Planung im Dienst des Volksganzen könnte zwar der Übergang von der Kriegs- zur Friedensproduktion ohne schwere Erschütterungen bewerkstelligt werden, aber das setzt eben die Ausschaltung des «freien Unternehmertums» voraus, das sich einzig vom vermeintlichen Sondervorteil und von der Gier nach raschen Gewinnen einer kapitalistischen Besitzerklasse leiten läßt.

die Sowjetunion und die osteuropäischen Volksrepubliken nur 4,8 Millionen Mann unter den Waffen hätten gegen 8,2 Millionen des gesamten Westens. In der Raketentechnik stehe der Westen dem Osten kaum nach, während er ihm zur See, vor allem dank seinen modernen Unterseebooten, entscheidend überlegen sei. Im Kriegsfall, so urteilt dieser schweizerische Militärfachmann, wäre die Sowjetunion jedenfalls viel ungünstiger gestellt als die Westmächte. Die Vereinigten Staaten besonders seien nur durch Fernraketen und Unterseeboote erreichbar und hätten in ihrem guten Radarsystem wie in ihren künftigen Abwehrraketen wirksame Verteidigungsmittel; die Sowjetunion hingegen sei von einem westmächtlichen Stützpunktring umgeben, der sich von Grönland über England, Mitteleuropa und Italien bis in die Türkei erstrecke, und könne von Mittelstreckenraketen leicht angegriffen werden, ebenso aber von atomgetriebenen Unterseebooten mit Polarisraketen, deren Standort schwer feststellbar sei. Dazu komme für die Sowjetunion die Notwendigkeit, «sich gegen Angriffe aus nördlicher, westlicher und südlicher Richtung bereitzuhalten und gleichzeitig Streitkräfte zur Niederhaltung der Satellitenländer abzuzweigen». Das schränke die Möglichkeit eines russischen Angriffs aufs Mitteleuropa beträchtlich ein, zumal auch das sowjetische Eisenbahnnetz außerordentlich dünn und gegen Beschießung sehr empfindlich sei. Kurz, Chruschtschew müsse in Erkenntnis dieser Sachlage bestrebt sein, «einen großen Krieg zu vermeiden, und versuchen, seine Ziele auf anderen Wegen zu erreichen» — das heißt also doch wohl: in friedlichem Wettbewerb mit der kapitalistischen Welt*.

Für den Westen aber, so sollte man meinen, wäre der vernünftige Schluß aus seiner starken militärischen Überlegenheit gegenüber dem Ostblock ein Einhalten mit weiterer Aufrüstung, ja das Eintreten auf die sowjetischen Vorschläge für eine gemeinsame, kontrollierte Abrüstung (nicht nur für eine Kontrolle des Rüstungsstandes ohne massive Abrüstung, wie das die Westmächte bisher immer wollten). Aber nein; für Oberstkorpskommandant Frick «dreht es sich allein um die Frage, ob der Westen weiterhin in einer rein defensiven Haltung ver-

* Professor Blackett, der englische Atomphysiker und Nobelpreisträger, schätzt im «New Statesman» (2. März) den Vorrat an amerikanischen Atombomben auf 30 000 Megatonnen — was für mindestens 30 000 Bombenflugzeuge mit einer Traglast von einer Megatonne ausreicht und 30mal mehr sei, als was die Sowjetunion zur Verfügung habe. Die sowjetische Kernwaffenrüstung sei eben lediglich auf Verteidigung eingestellt, also auf einen Gegenschlag gegen einen amerikanischen «ersten Schlag». Alles, was früher über eine Überlegenheit der sowjetischen Atomwaffe von amerikanischer Seite gesagt worden sei, sei zweckgerichtete Erfindung gewesen. Niemand könne heute im Ernst behaupten, die Russen hätten die Fähigkeit und die Absicht, einen atomaren Angriff auszulösen. Auch nach den sowjetischen Versuchen vom letzten Herbst, die durch die Furcht vor einem amerikanischen Angriff auf die Kernwaffenträger der Sowjetunion und vor westdeutschen Atomwaffen veranlaßt worden seien, bestehe die große Überlegenheit der Vereinigten Staaten weiter. Es wird auf die wichtige Arbeit Professor Blacketts zurückzukommen sein. 13. März

harren und die Provokationen, Rechts- und Vertragsbrüche von kommunistischer Seite mit bloß papierenen Protesten beantworten wird, oder ob er gewillt ist, seinerseits scharfe Forderungen an den kommunistischen Block zu stellen und gegebenenfalls militärische Machtmittel einzusetzen.» Daß dies Krieg bedeuten würde, ist Herrn Frick natürlich klar; aber er tröstet seine Leser mit der überhaupt nicht ernstzunehmenden Bemerkung, daß es sich dabei «zunächst (!) um lokale Aktionen handeln» könne, die nicht zu einem Weltkrieg zu führen brauchten — als ob der Sowjetblock nach vielleicht kurzen örtlichen Scharmützeln auseinanderfallen und seine Führer ohne ernstesten Widerstand und ohne ihre immerhin mächtige Atomwaffe einzusetzen mutlos kapitulieren würden, wenn die Westmächte mit ihren ultimativen Forderungen anrückten! Aber mit diesem Gedanken an den Erfolg einer kühnen Einschüchterungs- und Erpressungspolitik spielt man ja im Westlager schon lange; der amerikanische Heimkrieger Willy Schlamm führt einen eigentlichen Feldzug zugunsten seiner Forderung, der Sowjetunion mit Krieg zu drohen oder ihn gar «vorbeugend» gleich zu eröffnen, da es angesichts der Moskauer Koexistenz- und Abrüstungspolitik hoffnungslos sei, die Staaten des Ostblocks in einen Angriffskrieg zu reizen. Oberstkorpskommandant z. D. Frick geht zwar nicht so weit wie dieser Schlamm; aber es ist schlimm genug, daß einer der höchsten schweizerischen Offiziere seinen Ruhestand dazu benützt, um die Westmächte noch mehr gegen die Sowjetunion scharf zu machen und ihnen eine Politik naheulegen, die unfehlbar zum Weltkrieg führen müßte!

Was soll die Konferenz! Zum Glück ist man in Washington (wenn auch wohl nicht in Bonn) gescheit genug, um sich nicht auf eine solch halsbrecherische Führung des Kalten Krieges einzulassen, wie sie hier empfohlen wird. Aber daß die Westmächte, besonders auch unter westdeutschem Einfluß, ihre (wie sie wenigstens glauben) unzweifelhafte militärische Überlegenheit gegenüber dem Ostblock dazu benützen, um ihre politischen Forderungen durchzudrücken, und dank dem gegen sie ausgeübten Druck auf die «Eindämmung» und «Zurückrollung» des Kommunismus; ja auf den inneren Zusammenbruch der kommunistischen Staaten zählen, das liegt ja dennoch auf der Hand. Von einem Verzicht auf diese Druck- und Drohpolitik durch wirkliche Abrüstung kann darum für sie keine Rede sein, solange sie es ablehnen, sich mit dem Bestehen einer kommunistischen Staatenwelt abzufinden. Noch mehr: die Westmächte glauben, die Aufrechterhaltung ihrer eigenen Kriegsrüstungen und die militärische und wirtschaftliche Unterstützung reaktionärer Regierungsformen in der übrigen Welt sei das beste Mittel, um eine weitere Ausdehnung des kommunistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsbereiches zu verhindern. Und da haben sie (vorderhand wenigstens) auch gar nicht so unrecht. Man stelle sich vor, was aus West-

berlin würde, wenn Amerikaner, Engländer und Franzosen aus der «Frontstadt» und aus Westdeutschland abzögen (so wie die Russen aus Ostberlin und der DDR abzögen), was aus Frankreich und Italien, aus Spanien und Griechenland, aus der Türkei, Persien und Pakistan würde, wenn hinter diesen Ländern nicht mehr die amerikanische Wehrmacht stünde, oder was mit Formosa, Südkorea, Laos, Südvietnam, ja auch mit Japan geschähe, sobald all die USA-Militärstützpunkte und die ganze Militärhilfe aus Amerika an diese «freien Nationen» wegfielen — von der militärischen Rückendeckung der mittel- und südamerikanischen Diktaturen durch die Vereinigten Staaten gar nicht zu reden! Es genügt, sich all die Möglichkeiten, die sich daraus ergäben, vor Augen zu halten, um zu erkennen, wie unmöglich für die Westmächte eine durchgreifende militärische Abrüstung ist, solange sie den Kalten Krieg gegen die kommunistische Welt fortzusetzen entschlossen sind. Wohl nicht der Kommunismus, aber sicher eine sozialistische Wirtschafts- und Staatsordnung ohne Diktatur würde sich in Europa, Asien, Afrika und Lateinamerika mit unaufhaltsamer Gesetzmäßigkeit durchsetzen, wenn einmal die Völker von Militärlasten und Kriegsdrohung befreit wären. Eine Welt ohne Krieg *müßte* früher oder später eine sozialistische Welt werden.

Es kann somit als ausgemacht gelten, daß die kapitalistischen Mächte nicht durch Abrüstung den Ast absägen wollen, auf dem sie sitzen. Was für einen Zweck kann dann aber für sie die Genfer Konferenz eigentlich haben? Es genügt für sie doch kaum mehr, die Abrüstung immer wieder an Bedingungen zu knüpfen, die die Russen nicht annehmen können, und jedesmal, wenn die Sowjetregierung ein Zugeständnis macht, neue Forderungen aufzustellen, die neuem Widerstand begegnen, um dann hintendrein den Völkern der «freien Welt» zu beweisen, daß mit diesen Bolschewiki einfach nicht vernünftig zu reden sei. Die Abrüstungskonferenz der 18 UNO-Staaten kann für den Westen höchstens einen Sinn haben, wenn ein west-östliches Abkommen die militärische Überlegenheit der Westmächte und besonders der Vereinigten Staaten sichert und die Sowjetunion sich damit abfindet in der Hoffnung, Schlimmeres zu vermeiden, ja vielleicht sogar in absehbarer Zukunft auch den Westen zu wirklicher Abrüstungsbereitschaft zu bringen.

An der unbedingten Überlegenheit der westlichen Kriegsmaschine über die der Sowjetunion will man tatsächlich in der militärischen wie in der politischen Führung der NATO um keinen Preis rütteln lassen. Darum die große moralische Entrüstung, als die Russen mit ihren neuen Raketenversuchen ihren Rückstand gegenüber Amerika etwas verringern wollten und wohl auch verringert haben. Und darum nun die Ankündigung Präsident Kennedys, die Vereinigten Staaten würden ebenfalls ihre Kernwaffenversuche in der Luft wieder aufnehmen (die schon bisher dreimal so zahlreich gewesen waren als die russischen!), um nicht auf gewissen Gebieten, besonders in der Entwicklung von

Raketenabwehr-Raketen, in Rückstand zu kommen; sie würden nur dann darauf verzichten, wenn auch die Russen keine weiteren Anstrengungen machten, um die Ergebnisse ihrer jüngsten Versuche auszuwerten, vielmehr die Bedingungen annähmen, die die Westmächte für den Abschluß einer Vereinbarung über die allgemeine Einstellung der Kernwaffenversuche aufgestellt hätten. Also ein regelrechtes Ultimatum an Moskau: Entweder unterwerft ihr euch unseren Forderungen — oder das Wettüben geht auch von unserer Seite rücksichtslos weiter! Präsident Kennedy glaubt eben, wie der «New Statesman» (16. Februar) schreibt, «daß er in seinem Bemühen um ein Abkommen mit Rußland die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten nur dann auf seine Seite bringen könne, wenn er zu beweisen imstand sei, daß der Inhalt eines solchen Abkommens fest auf der militärischen Überlegenheit der Vereinigten Staaten ruhe».

«Eine derartige Haltung», so fährt das Londoner Labourblatt fort, «würde, bis zu ihren äußersten Folgerungen getrieben, nicht nur die Abrüstung selbst, sondern auch jede Aussicht auf Verhandlungen zunichtemachen . . . Zum Glück scheinen aber die Russen das Wettüben von einem streng militärischen Standpunkt aus anzusehen. Ihr überraschend begrenzter Vorrat an Kernwaffen — der im Westen recht gut bekannt ist — legt ihnen die Bereitschaft nahe, sich mit der Tatsache einer militärischen Überlegenheit der Vereinigten Staaten abzufinden. Ihr Beweggrund bei den Versuchen im letzten Herbst war offenbar die Furcht, der amerikanische Vorsprung werde so groß werden, daß die Vereinigten Staaten in Versuchung kämen, einen Präventivkrieg zu wagen. Da jetzt indessen diese Drohung, wie sie annehmen, beseitigt ist, haben sie wirtschaftlich allen Grund, die Waffenherstellung auf das Mindestmaß dessen zu beschränken, was nötig ist, um ihre atomare Abschreckungskraft glaubhaft zu machen.»

Das ist grundsätzlich schon richtig, wird aber die Sowjetunion doch kaum veranlassen, das amerikanische Ultimatum zu schlucken. Sie beharrt nach wie vor darauf, daß eine Kontrolle über die Einstellung aller Atomwaffenversuche von den Westmächten einfach zur Militärspionage mißbraucht würde, also zur Erlangung von Kenntnissen über den allgemeinen Stand der sowjetischen Rüstungen, besonders natürlich ihrer Kernwaffentechnik, eine Gefahr, die nicht bestünde, wenn tatsächlich abgerüstet würde und die Russen keinen Grund hätten, den Amerikanern nicht genauesten Einblick in ihre Maßnahmen zur Durchführung des Abrüstungsvertrages zu geben. Aber an dieser Klippe braucht die Genfer Konferenz trotzdem nicht zu scheitern; Kennedy hat vorsorglich gleich bemerkt, die Verhandlungen könnten weitergehen, auch wenn inzwischen die Kernwaffenversuche fortgesetzt würden. Die Sowjetunion wird zum mindesten bemüht sein, die Bedingungen für eine gegenseitige Kontrolle über den Verzicht auf neue Atomwaffenversuche so zu gestalten, daß unter ihrem Deckmantel keine Spionage getrieben werden kann. Und sie

wird namentlich auch darauf dringen, daß Westdeutschland nicht auf dem Umweg über die NATO tatsächlich zur fünften Atommacht wird. Auch sonst mag man der Genfer Konferenz, die sich ja auch auf die Berlinfrage erstrecken soll, allerlei Erfolgsmöglichkeiten zubilligen, wenschon man sich im klaren darüber sein muß, daß es sich hier im besten Fall nur um eine *Vorstufe* zu wirklicher Abrüstung handelt. Dies schon darum, weil eine allgemeine, radikale Abrüstung unmöglich ist, solange China, die größte Militärmacht des asiatischen Festlands, nicht zu den Verhandlungen herangezogen wird, solange sich also die Vereinigten Staaten mit Händen und Füßen gegen den Eintritt der Chinesischen Volksrepublik in den Kreis der Vereinten Nationen sperren, weil sie immer noch auf den Zusammenbruch des kommunistischen Regimes und auf die Zurückführung Tschiang Kai-scheks nach Peking hoffen. Irgendwie entscheidende Abrüstungsbeschlüsse wird so niemand von der Genfer Tagung erwarten; aber immerhin: solange verhandelt wird, wird nicht geschossen. Und lieber eine noch so bescheidene Begrenzung der Kriegsrüstungen als die hemmungslose Fortsetzung des Wettrüstens, das, zu seinem logischen Ende geführt, unsere Erde zu einem radioaktiv hoffnungslos verseuchten Trümmerfeld und einem riesenhaften Milliardengrab machen müßte.

Waffenruhe in Algerien Nicht wenig Schwierigkeiten wird in Genf auch der Ehrgeiz des gaullistischen *Frankreich* bewirken, auf jeden Fall eine Militärmacht mindestens zweiten Ranges, mit eigenen Atomwaffen, zu sein, und sein Entschluß, sich durch keine Abordnung an den Abrüstungsverhandlungen vertreten zu lassen. De Gaulle wird hier um so weniger nachzugeben gewillt sein, als er der Armee und den Nationalisten aller Art zu dem Verzicht auf *Algerien* hinzu nicht auch noch die Duldung von Rüstungsfesseln zumuten zu dürfen glaubt. Denn tatsächlich: wenn es nach dem Willen des Staatspräsidenten und seiner Regierung geht, wird Algerien seine politische Unabhängigkeit von Frankreich jetzt endlich doch erlangen. In dem Augenblick, da ich schreibe, ist zwar der insgeheim vereinbarte Waffenstillstand in Algerien noch nicht unterzeichnet, aber es handelt sich doch nur noch um die letzten strittigen Punkte, die zwischen der französischen Regierung und der algerischen Exilregierung festzulegen sind, damit in Algerien «Ende Feuer» in aller Form geblasen werden kann als Voraussetzung für einen Übergangszustand, der zur Volksabstimmung in Algerien (und Frankreich) und zur Aufrichtung eines unabhängigen algerischen Staatswesens führen soll.

Das wäre freilich eine Wendung der Dinge von geschichtlichem Ausmaß, ein Vorgang, der in der ganzen Welt — nach den unsäglichen Leiden des algerischen Volkes in diesem schon mehr als siebenjährigen grauenhaft blutigen Krieg — mit wahrhafter Erleichterung und Freude begrüßt würde! Nur ist eben ein Waffenstillstandsabkom-

men, auch wenn es die entscheidende politische Verständigung zwischen den beiden Vertragsparteien einschließt und voraussetzt, leider noch kein gesicherter Frieden für Algerien. Es gibt ja außer dem amtlichen Frankreich und der algerischen Befreiungsbewegung noch eine dritte Partei: die französischen Militärfaschisten, Nationalisten und Kolonialisten, deren unheimliches Werkzeug die «Geheimarmee», die berüchtigte OAS, ist. Nur unter ihrem Druck ist überhaupt die Vereinbarung zwischen Paris und Tunis-Kairo zustande gekommen. De Gaulle ist sich endlich über die Gefahr klar geworden, die ihm von der OAS und den hinter ihr stehenden Kräften droht, und die algerische Exilregierung andererseits glaubt Grund zu Befürchtungen zu haben, daß die täglichen Mordtaten der OAS in Algerien die Volksmassen schließlich zur Verzweiflung bringen und sie zur furchterlichsten Rache an der französischen Bevölkerung treiben könnten. An einem einzigen Tag — am 28. Februar — sind ja in Algerien 48 OAS-Anschläge mit 65 Todesopfern und 93 Verletzten erfolgt; und was es heißen würde, wenn die ohnehin leicht erregbaren arabischen Massen in die Europäerviertel einmarschieren und den Krieg auf eigene Faust weiterführen sollten, das kann man sich nur mit Schrecken vorstellen.

Es ist nur zu begreiflich, daß die Algerier von der französischen Regierung jetzt den Beweis ihrer Fähigkeit fordern, mit der Schreckensherrschaft der OAS und ihrer Verbündeten fertig zu werden, als Voraussetzung für die Durchführung eines Waffenstillstandsabkommens. Kann sie diesen Beweis leisten? *Will* sie es überhaupt in vollem Ernst? Davon hängt alles Weitere ab. Solange die «Ultras» imstand sind, die Einhaltung der Waffenruhe zu verhindern, hat es wirklich gar keinen Sinn, ein Abkommen über die Gewährung der nationalen Unabhängigkeit an das algerische Volk abzuschließen; es bleibt auf dem Papier stehen. Was soll also die Pariser Regierung tun? Überlegene Gewalt gegen die Gewalttätigkeit der OAS setzen? Das überwindet den Gewaltgeist der Rechten nicht, stärkt ihn vielmehr nur erst recht. Oder die französische Armee aus Algerien zurückziehen und so der OAS ihren Rückhalt in Algerien wegnehmen? Das hülfe wohl ein Stück weiter, schlosse aber die Gefahr in sich, daß die unbotmäßigen Offiziere in Frankreich selbst ein um so aussichtsreicheres Wirkungsfeld fänden. Und die unzuverlässigen Truppenteile alle nach Deutschland abzuschieben, wie das bisher in begrenztem Maß schon getan wurde, ist unmöglich. Der sicherste Weg ist und bleibt die Aufrufung der Widerstandskräfte des französischen *Volkes* und die Bildung einer Regierung, die sich auf diese Kräfte stützt. Das Volk von Paris hat ihn mit den gewaltigen, eindrucksvollen Kundgebungen, die zum Protest gegen die empörenden Polizeimorde vom 8. Februar veranstaltet wurden, bereits gezeigt. Zum ersten Mal seit der Befreiung von der deutschen Herrschaft sind Arbeiter, Angestellte, Studenten, Angehörige der freien Berufe und der Mittelklasse Schulter an Schulter waffenlos durch die Straßen von Paris gezogen und haben dem Volkswillen

sichtbaren, wirksamen Ausdruck gegeben. Und der darauffolgende kurze Generalstreik hat aufs neue bewiesen, daß noch heute die alte Wahrheit gilt: «Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will.» Solch ein geschlossener und entschlossener Wille ist unüberwindbar und müßte, wenn er abermals und auf noch breiterer Grundlage im ganzen Land aufgerufen und bekundet würde, mit dem ganzen OAS-Spuk so gründlich aufräumen, daß keine faschistisch verseuchte Armee und Polizei mehr dagegen aufkäme.

De Gaulle und seine Regierung sind zu einer solchen Schwenkung freilich nicht imstand. Sie haben nicht die innere Kraft, die gleichen Mächte wirklich auszuschalten, die sie ans Ruder gebracht haben. Die Zweideutigkeit — um nicht zu sagen die reaktionäre Eindeutigkeit —, die ihre ganze Politik kennzeichnet, wird nicht eher verschwinden und im besonderen auch Algerien nicht eher zu Frieden und Selbständigkeit kommen, bis sich ein *neues* Frankreich erhebt und den Menschenrechten, wie sie die erste Revolution verkündete, in einer umwälzenden Neuordnung der Wirtschaft und des Staates, die *unserer* Zeit entspricht, Leben und Wirklichkeit auf *allen* Gebieten gesellschaftlicher Tätigkeit verleiht.

Bericht über Spanien Ein neues Frankreich wird natürlich auch in der Außenpolitik einen neuen Kurs steuern müssen. Das alte Frankreich, wie es heute de Gaulle verkörpert, verdankt seine Wiederauferstehung nach dem Krieg ja wesentlich dem massiven Eingreifen der Vereinigten Staaten, die in ganz Westeuropa die Ansätze zu einer sozialistischen Neuordnung gründlich vernichtet haben. Und wenn auch das gaullistische Regime, sehr selbstbewußt wie es ist, die amerikanische Vormundschaft abzuschütteln bemüht ist, so hat es doch die ausgesprochen kapitalistisch ausgerichtete Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gründen helfen und erstrebt darüber hinaus eine politische Einigung Westeuropas, die nicht viel anderes als eine neue Heilige Allianz aller konservativ-reaktionären Mächte darstellen würde. Ohne Bruch mit diesen Bindungen und Bestrebungen wird es kein erneuertes Frankreich geben, so wie es auch kein neues Westdeutschland, England und Italien — von den kleineren Staaten nicht zu reden — geben wird ohne Lösung von dem ganzen amerikanisch geführten Weltkapitalismus. Erst recht gilt das für *Spanien*, wo sich die faschistisch-klerikale Diktatur unter Franco nur dank den mächtigen, auf seinem Boden eingerichteten Militärstützpunkten der Vereinigten Staaten und einer amerikanischen Wirtschaftshilfe behaupten kann, die allein in den Jahren 1953 bis 1959 volle 15 Milliarden Dollar (rund 65 Milliarden Schweizer Franken) ausgemacht hat.

Man erfährt bei uns wenig über die Entwicklungen, die sich unter der Oberfläche der spanischen Gesellschaft vollziehen. Um so willkommener ist uns, was ein in Spanien lebender amerikanischer Sozial-

wissenschaftler vor einiger Zeit darüber in der Neuyorker «Monthly Review» (Dezemberheft 1961) berichtet hat. Hinter Franco standen im Jahre 1939 — so erinnert uns der ungenannte Verfasser — 1. der größere Teil des mittleren Bürgertums; 2. die Bauern in den Gegenden mit Kleinbesitz; 3. die Großgrundbesitzer; 4. fast die ganze katholische Kirche; 5. das industrielle und finanzielle Großbürgertum; und 6. der Adel, das Militär und ein Teil der Intellektuellen. Heute hat Franco auf seiner Seite immer noch die Großgrundbesitzer, die Kirche, das Großbürgertum, den Adel und das Militär, während der Mittelstand und das Kleinbauerntum enttäuscht sind und mehr oder weniger gleichgültig nebenaußen stehen. Dabei hat sich im Bürgertum in den letzten 20. Jahren eine große Wandlung insofern vollzogen, als sich der Menschenüberschuß auf dem Land in die Städte ergossen und dort die Überbevölkerung verschärft sowie die Industrialisierung mächtig beschleunigt hat. Ein gewerblich-industrielles Kleinbürgertum von erheblichem Umfang ist entstanden (zwischen 1939 und 1960 sind etwa 200 000 neue Unternehmungen aus dem Boden geschossen), während sich ein Bankensystem entwickelt hat, das eng mit den Industriemonopolen verbunden ist. Das kapitalistische Bürgertum ist so in Spanien heute stärker als jemals zuvor in der Geschichte des Landes.

Hand in Hand mit dieser wirtschaftlich-sozialen Umschichtung ging eine Geldentwertung, die bis 1959 anhielt und eine zunehmende Verarmung der Industrie- und Landarbeiterklasse bewirkt hat. Ein Arbeiter, der 90 Peseten im Tag verdient (etwa Fr. 6.50), gehört schon zu den höher bezahlten Gruppen. Ein hochqualifizierter Arbeiter bringt es auf 120 Peseten (Fr. 8.50) im Tag. Gearbeitet wird normalerweise 8 bis 10 Stunden im Tag, aber viele Arbeiter müssen Nebenbeschäftigung suchen und 12 oder 13 Stunden arbeiten. Sie mögen es so auf einen Lohn von 3500 oder 4000 Peseten (260 bis 280 Franken) im Monat bringen. Die Lebenshaltung ist entsprechend niedrig; besonders teuer ist der Schulbesuch. Das Heiratsalter städtischer Arbeiter ist 29 Jahre, eines der höchsten in der Welt. Von der Entwicklung eines stärkeren Klassenbewußtseins kann unter diesen Verhältnissen, bei denen sich alles um die Befriedigung der dringendsten persönlichen Bedürfnisse dreht, kaum die Rede sein. Streikbewegungen sind selten und werden als staatsgefährlich nach Möglichkeit unterdrückt und militärgerichtlich abgeurteilt. Widerstand gegen die Ausbeutung äußert sich bei den Arbeitern gewöhnlich auf doppelte Art: durch Langsamarbeit und durch Auswanderung. Nicht weniger als 50 000 Arbeiter wandern alljährlich ins Ausland ab, darunter die bestausgebildeten, am meisten klassenbewußten und geistig am höchsten stehenden. Dieser Wanderungsstrom erklärt zum großen Teil die Schwäche der Untergrundbewegung gegen Franco und die Gleichgültigkeit der Arbeiterschaft, der es an jeder haltbaren politischen Organisation fehlt. Gleichzeitig strömen immer mehr verarmte Landarbeiter und

Kleinbauern in die Städte; in den Jahren von 1939 bis 1961 mögen es mehr als fünf Millionen gewesen sein.

Die Industriearbeiterschaft besitzt, wie gesagt, nur ein schwaches Klassenbewußtsein, entwickelt vielmehr eine eher kleinbürgerliche Denkart mit Fußball und ähnlichen Ablenkungsmitteln und wird durch Radio, Presse und Kanzel sich selber immer mehr entfremdet. «Das Drama der spanischen Arbeiterklasse», so schreibt der Verfasser der erwähnten Studie, «besteht darin, daß sie zwar ausgebeutet wird wie kein anderes Proletariat in Europa und durch eine kleinere Oberklasse als irgendein anderes in Europa, aber sich des Stärkegrades ihrer Ausbeutung gänzlich unbewußt ist.» Viel besser steht es in dieser Beziehung mit dem Landproletariat, namentlich im Süden, das politisch wacher ist als das «verbürgerlichte» Industrieproletariat. Diese Menschen haben von Fidel Castro und seiner Agrarrevolution gehört — aber sie sind eben in Spanien mit seinen 30,5 Millionen Einwohnern nur eine kleine, einflußlose Minderheit. Auch die Bildungsschicht, die zum Teil sozialistische Gedanken aufgenommen hat, ist zahlenmäßig viel zu schwach, um einen stärkeren Einfluß auf die politische Entwicklung auszuüben; von einem Bündnis zwischen Studenten und Arbeitern ist noch nichts zu bemerken.

Francos System wird zwar den Diktator selbst nicht überleben. Aber an seine Stelle wird dann eben eine reaktionäre Klassenherrschaft mit einer parlamentarischen Monarchie treten, gestützt von den Vereinigten Staaten, denen das «neue» Regime Sicherheit für die Aufrechterhaltung ihrer Flugplätze, Hafeneinrichtungen, Militärlager usw. geben muß. An der bestehenden Verteilung von Besitz und Macht wird nichts Wesentliches geändert werden. Die 400 herrschenden Familien werden ihr Ausbeuterdasein weiterführen und ihr Vermögen in schweizerischen und anderen ausländischen Banken anlegen. Wie soll da also ein Umschwung in Spanien eintreten, abgesehen von der vorerst ganz unwahrscheinlichen Zurückziehung der amerikanischen Hilfe? Der Verfasser antwortet: «Angesichts der Starrheit des Gesellschaftsbaus ist es undenkbar, daß bedeutende Verschiebungen der politischen oder wirtschaftlichen Macht von einer Klasse auf eine andere mit friedlichen Mitteln vollzogen werden können . . . Francos Regime kann ohne die von ihm geschaffenen äußerlichen Einrichtungen weiterleben, solange die Arbeiterschaft kein Gemeinschaftsbewußtsein erlangt hat und darum auch nicht die politische Vertretung fordert, deren sie heute ermangelt. Aber man gebe sich keiner Täuschung hin: die herrschende Oberklasse wird eine solche politische Vertretung nicht gutmütig gewähren . . . Diese (bürgerliche und kapitalistische) Oberklasse empfindet keinerlei Bedürfnis, demokratische Staatsformen einzuführen. Darin liegt zweifellos ihre gegenwärtige Stärke. Aber hierin liegt auch die Sicherheit, daß sie eines Tages verschwinden wird — durch Gewaltanwendung, ohne jeglichen Kompromiß.» Man wird dann selbstverständlich wieder über Kommunismus

und Diktatur des Proletariats zetern; aber ändert das auch nur das geringste an der Wahrheit, die schon Zwingli ausgesprochen hat, daß «alle ufruoren, die uf erdrich je gewesen, allein us überdrang der gewaltigen erwachsen sind»?

6. März

Hugo Kramer

Stellungnahme zur Atomwaffeninitiative

Die Jahresversammlung der Schweizerischen Vereinigung für Internationalen Zivildienst hat bei ihrer Zusammenkunft vom 11. März 1962 aus Gründen der Humanität einmütig gegen eine mögliche atomare Bewaffnung der Schweiz Stellung genommen.

Sie ist überzeugt, daß solch kriminelle Waffen die Welt einer endgültigen Katastrophe entgegenzuführen drohen.

Sie ist ferner überzeugt, daß die humanitäre Mission der Schweiz uns nicht erlauben sollte, Vernichtungswaffen zu entwickeln, angeblich, weil der Feind sie besitze.

Sie ist sich bewußt, daß die Abstimmung vom 31. März und 1. April die Antwort der Schweiz auf eine offizielle Anfrage der Vereinten Nationen sein wird. — Jene haben in der Tat alle Nationen, die die Atomwaffen noch nicht besitzen, aufgefordert, zu ihnen Stellung zu nehmen und auf sie zu verzichten.

Die Jahresversammlung empfiehlt dem Schweizervolk aus diesen Gründen, die Initiative anzunehmen.